

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Verlagspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einsch. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.00 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208
Verlagskonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. - **Verlag in Leipzig,** Lauchaer Straße 19/21 - Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellseite 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10gep. Kolonellseite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gep. Kolonellseite mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate u. ausw.: die 10gep. Kolonellseite 40 Pfg. bei Platzvorschr. 60 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Vorträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Sozialistische Internationale und Militarismus

Rüstungen zu Lande und zur See

Das faschistische Italien ist die Hauptgefahr des Friedens

Verhärteter Kampf der Arbeiterparteien

(N. J.) Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat bei ihrer Berliner Tagung einstimmig folgenden Beschluss gefasst. Ferner wurde auf Antrag von Albarza (Holland) und Gillies (Großbritannien) ein Aktionsprogramm in der Abrüstungsfrage beschlossen.

Die Exekutive begrüßt die Anstrengungen der britischen Arbeiterregierung um die Flottenabrüstung und betrachtet den auf der Londoner Konferenz zwischen den drei größten Seemächten abgeschlossenen Vertrag als einen, wenn auch bescheidenen, so doch wichtigen Schritt zur Beschränkung der Rüstungen zur See.

Mit um so größerer Besorgnis betrachtet die Exekutive die Tatsache, daß es der Londoner Konferenz nicht gelungen ist, die Seemächte des europäischen Kontinents in die Vereinbarung einzubeziehen.

Die Befürchtung, der die S.W.J. in ihrem Pariser Manifest vom 8. März 1930 Ausdruck gab, ist bestätigt worden. Italien besonders hat sich Prestigeerwägungen überlassen, die es zur Forderung nach Parität ohne Rücksicht auf seine jetzigen Kräfte zur See führten. Frankreich hat sich auf „absolute Bedürfnisse“ berufen, deren Aufrechterhaltung ein dauerndes Hindernis für eine Beschränkung der Rüstungen zur See darstellen würde. So hat sich ein teilweiser Mißerfolg der Konferenz ergeben.

Wenn Frankreich vor dem Beginn der Konferenz ein erweitertes Schiffsbauprogramm bekanntgegeben und nicht aufgegeben hat, so hat die italienische faschistische Regierung, die sich geweigert hat, ihre wirklichen Absichten der Konferenz bekanntzugeben, unmittelbar nach der Konferenz neue Seerüstungen angekündigt. Die ernste Gefahr eines Wettrennens zur See, die sich nachdrücklich im Charakter und Umfang des italienischen Rüstungsprogramms ankündigt, droht.

Der nationalstaatliche und militaristische Geist des faschistischen Regimes in Italien ist die größte Gefahr für den Frieden, er bedroht auf diese Weise mehr noch als bisher den Frieden der Welt.

Die Exekutive hält es daher für notwendig, den stärkstmöglichen Druck auf das despotische und kriegerische Regime Italiens auszuüben, um es zur Einschränkung seiner Rüstungen zu veranlassen und zum Abschluß eines Vertrages über die Einschränkung der Rüstungen bereit zu machen.

Es besteht die ernste Gefahr, daß die italienischen Forderungen mißbraucht werden, um die französischen Maximalforderungen zur See zu rechtfertigen. Die Exekutive rechnet darauf, daß die französischen Sozialisten den stärksten Druck auf die französische Regierung für die Einschränkung der französischen Seerüstungen und für den Beitritt Frankreichs zum Londoner Abrüstungsabkommen ausüben werden.

Die Exekutive gibt sich keiner Täuschung darüber hin, daß die französischen Seerüstungen in ihren weiteren Konsequenzen die Fortsetzung des von der Londoner Konferenz begonnenen Werkes, ja selbst die schon erreichten Resultate dieses Werkes gefährden können und mißt darum dem Kampf der französischen Sozialisten gegen die Entwicklung der französischen Seerüstungen die größte Bedeutung bei.

Die Exekutive erinnert daran, daß die Londoner Konferenz nicht geschlossen, sondern nur vertagt wurde. Sie erwartet, daß durch den Beitritt Frankreichs und Italiens zum Londoner Abkommen die Grundlage geschaffen werde für eine weitere Einschränkung der Rüstungen aller Seemächte.

Des weiteren stellt die Exekutive fest, daß der beabsichtigte Bau des deutschen Panzerkreuzers B den Admiralsstäben der anderen Staaten einen willkommenen Vorwand für die technische Erneuerung der Kriegslotte und damit für eine Ausdehnung der Rüstungen liefert. Ohne zu bestreiten, daß der Bau dieses Panzerkreuzers im Rahmen der dem Deutschen Reich im Verträge von Versailles auferlegten Rüstungsbeschränkungen bleibt, und ohne zu verkennen, daß die Nichterfüllung des feierlichen Versprechens der internationalen Abrüstung die deutschen Militaristen in ihren Bestrebungen ermutigt, begrüßt die Exekutive doch den Kampf

der deutschen Sozialdemokratie gegen den Bau des Panzerkreuzers B als eine wertvolle und notwendige Unterstützung des Kampfes der Arbeiterparteien gegen die Verstärkung der Seerüstungen.

Die Exekutive wachet die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder nachdrücklich darauf aufmerksam, daß derselbe Geist des Militarismus, der sich in den fortschreitenden Seerüstungen offenbart, sich derzeit auch in neuen neuartigen Formen der Rüstungen zu Lande betätigt.

Die Bestimmungen des Versailler Vertrages haben Frankreich und Belgien für den Fall eines bewaffneten Konfliktes mit Deutschland Vorteile gewährt. Es ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, daß die Grenzbesetzungen, die Frankreich zu errichten begonnen hat und Belgien in Aussicht nimmt, infolge ihrer Bedeutung nicht als bloße Verteidigungsmittel erscheinen

können. Der Krieg hat gezeigt, daß im Schutze von Befestigungen der Beginn der Offensive vorbereitet werden kann. Die Exekutive begrüßt und unterstützt den Kampf der französischen Sozialisten und der belgischen Arbeiterpartei gegen diese neue Tendenz des Nationalismus und des Militarismus. Es sei weiter betont, daß auf beiden Seiten der Grenze die entmilitarisierten Zonen festgelegt werden sollten, auf denen weder Befestigungen errichtet noch Truppen stationiert werden dürften.

Indem die Exekutive auf alle diese Gefahren der Seerüstungen zu Lande und zur See hinweist, fordert sie die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder neuerlich auf, nicht nur ihren Kampf um die internationale Abrüstung fortzusetzen, sondern auch in jedem einzelnen Lande gegen den Militarismus und für die Einschränkung der Rüstungen zu kämpfen.

Killingers „ausgesuchte Trottel“!

Dresden, 14. Mai.

„Unpolitische Beamte sind ausgesuchte Trottel“, so sagte der Nazihäuptling v. Killinger am Mittwoch in der Aussprache über die Regierungserklärung des „unpolitischen“ Beamtensabinetts Schied. Das freche Wort Killingers löste einen Heiterkeitssturm aus, dem sich auch die „unpolitischen“ Beamtensminister nicht entziehen konnten, womit aber die ernste Seite dieses Schimpfwortes gegen die Beamtenschaft nicht aufgehoben oder auch nur abgeschwächt ist.

Mögen sich auch die Minister, die ja doch alles Ernstes behaupten, „unpolitisch“ zu sein, auf ihre Art mit der Kennzeichnung Killingers abfinden; niemand wird es ihnen verdenken, wenn sie persönlich den Nazischwadronen nicht ernst nehmen. Was es Sache der Beamtenschaft sein, wie sie sich zu Killingers Anpöbeln stellen will. Daß aber das „unpolitische“ Beamtensministerium in seiner Regierungserklärung deutlich darauf eingestellt ist, dieselben Nazis für sich zu gewinnen, deren Führer die unpolitischen Beamten als ausgesuchte Trottel bezeichnet, und daß umgekehrt die Nazis deshalb für die Landtagsauflösung stimmen wollen, weil sie keinen Vertreter in diesem „unpolitischen“ Beamtensministerium „ausgesuchter Trottel“ bekommen haben, das enthüllt sowohl die bürgerlichen Parteien mit ihrem „unpolitischen“ Beamtensministerium, als auch die Nazis vor dem ganzen Lande. Sie sind einander wert, die Bürgerlichen, die ängstlich bemüht sind, den Einfluß der Vertreter der Werktätigen auf die Geschichte des Landes restlos auszuschalten, und die gepöbelten Schöckhinder der Unternehmer, die lieben Nazis, die sich so schon im Dienste des Kapitals als Knüppelgarde gegen die Arbeiterklasse verwenden lassen.

Das war das Wertvolle an der Aussprache über Schieds Regierungserklärung, daß hier noch einmal in bengalischer Beleuchtung die ganze Zämmlichkeit der antimarxistischen Mehrheit des Landtags aufgezeigt wurde. Zuerst in einer trefflichen Rede des Genossen Bösch, die auch die politischen Gegner in ihren Bann zwang, dann die Selbstenttarnung der Nazis, die zu diesem Zwecke gleich zwei Redner vorrückten. Killinger war Gift und Galle, weil die Nazis keinen Minister bekommen haben. In seiner Wut ließ er wieder einmal seinen Vorrat an Kaiserlichkeitschimpfereien von Stapel, wobei er neben der eingangs erwähnten Trottelgeschichte eine Gassenflut gemeiner Flegelereien gegen einzelne Staatsbeamte hervorprudelte, die die Beschimpften zwar nicht verletzen können, die aber erneut bewiesen, weshalb eine erbärmliche Dredse die hier Vorkämpfer für Deutschlands sittliche Erneuerung ist. Dem Demo-

krate Dr. Kasper, der Killinger zurief, „Herr Bliinger wird Sie nicht mehr versassungstreu nennen“, antwortete Killinger: „Halt den Schnabel, du Demokrat.“

Nach Killinger kam der Nazimann Kunz, ein Mensch von krankhafter Geschwätzigkeit, der es versteht, noch mehr Worte als Killinger zu machen und dabei noch weniger zu sagen. Die richtige Schwächertypen, dumm und selbstgefällig. So sagte Kunz z. B.: „Die deutsche Wirtschaft muß sich nicht weltwirtschaftlich, sondern volkswirtschaftlich orientieren.“

Solche Dummheiten tragen die Nazis im Landtage vor, mit diesen und ähnlichen Quasibildern füllen sie ihre Verleumdungsbeuhler. Kunz erklärte auch: Für uns gibt es kein Kompromiß zwischen Sozialismus und Kapitalismus, und das Kabinett Schied ist selbstverständlich kapitalistisch. Kunz wollte gegen die Sozialdemokratie polemisieren und dabei die Nazis als die Sozialisten hinstellen. Er begriff nicht, daß sein Argument dazu am ungeeignetsten war, denn vorher hatte Killinger in seiner Wut aus der Schale geplaudert und selbst bestätigt:

Die Nationalsozialisten wußten, daß sie bei der Ministerpräsidentenwahl mit der Abgabe weißer Stimmzettel die Wahl des Herrn Schied erst ermöglichen.

Killinger hatte auch ganz offen erklärt, die Nationalsozialisten stimmen für die Auflösung, weil sie nicht den Arbeitsminister bekommen. Trotzdem pfarte Nazi-Kunz: Für uns gibt es zwischen Kapitalismus und Sozialismus kein Kompromiß!

Wo kämen denn dann die Gelder für die Nazis her?

Nachdem Kunz lange genug sich selbst pöbelte und sich wie ein eifriger Pfau aufblähen hatte, versuchte er sogar Killinger an fleghaften Schimpfereien gegen Sozialdemokraten zu übertreffen. Er nannte die Beamten des Wirtschaftsministeriums Genossen Dr. Maier und Dr. Rittel Exponenten einer korrupten Zeit. Der für solche Fälle immer schwerhörige deutschlandische Vizepräsident Dr. Eckhardt, der mit Ordnungsrufen nach links schnell bei der Hand ist, rührte sich nicht. Das löste einen Enttäuschungssturm bei unseren Genossen aus, die Kunz nannten, was er ist. Schließlich wurde durch die Nazis freigegeben, daß der Innenminister Richter veranlaßt, in aller Öffentlichkeit festzustellen, daß die bisherige Untersuchung in der Seidemannaffäre nicht den geringsten Anhalt für unehrenhafte Handlungen von Beamten ergeben habe. Daß der Ministerpräsident Schied noch erklärte, er habe noch seiner Unterredung mit Killinger nicht den Eindruck gewonnen, daß die Nationalsozialisten ihm die Mitarbeit hätten verweigern wollen, bestätigt erneut, wie gern die Nazis mit in dem „unpolitischen“ Kabinett, also unter den ausgesuchten Trotteln gewesen wären.

Die übrige Aussprache über die Regierungserklärung war belanglos, die Regierungsparteien gaben durch Herrn Bliinger eine Erklärung für das Kabinett Schied und gegen die Landtagsauflösung ab. In welcher heillosen Angst die Bürgerlichen vor der Auflösung stehen, kommt in ihrer Erklärung allerdings nicht zum Ausdruck. Für die Kommunisten quasselte Renner wieder seine ausgeleierte Hyrnlosigkeit.

Da gegen die Schlußberatung des Auflösungsantrags von den Bürgerlichen Einspruch erhoben wurde, findet die Abstimmung erst am 20. Mai statt. Das Schicksal des Landtags dürfte aber bereits jetzt entschieden sein.

Der neue Bürgerkrieg in China

London, 14. Mai.

Chinesische Regierungstruppen, die kürzlich eine große Offensive gegen die Kwangsi-Truppen eingeleitet haben, sollen nach Donglonger Meldungen Hintschan eingenommen haben. Hintschan, das etwa 250 Meilen von Kanton entfernt liegt, war bisher einer der wichtigsten Stützpunkte der Kwangsi-Aufständischen. Seine Einnahme durch die Regierungstruppen würde für den weiteren Feldzug von sehr erheblicher Bedeutung sein.

A-Lesehalle 837